

17. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Herrieden

Einwand Herr Wolfgang Maucksch vom 08.09.2018

1.) Ich übersende Ihnen hiermit meine Stellungnahme zum Vorentwurf zur 17. Änderung des FNP (Küchenwerkinduzierte Änderung).

Ich bitte um Eingangsbestätigung, abgesandt binnen dreier Tage, ansonsten wiederhole ich die Übersendung.

Diese meine Stellungnahme wird ergänzt um alle eventuell einschlägigen Teilen meiner Stellungnahme vom 13.6.18 (mangels unterschriebener Eingangsbestätigung wiederholend vom 19.6.18) zur FNP-Fortschreibung.

Die heutige Beb.-Pl.-Stellungnahme ist Bestandteil dieser FNP-Stellungnahme.

Playmobil hat es vorgemacht, seine Planung unabhängig von der FNP-Fortschreibung durchzusetzen zu versuchen, damit seine Planungen nicht durch Probleme, die bei der Fortschreibung auftreten, verzögert werden. Playmobil verzögert jedoch mit seinen Planungen die Fortschreibung, denn beide Verfahren dürfen wegen der Gefahr der Fristverwirrung nicht parallel laufen. Und nun verzögert das Küchenwerk auch die Fortschreibung.

2.)Die aktuelle Stellungnahme bezieht sich insbesondere auf:

Fehlendes ergebnisoffenes Scoping-Verfahren (Prüfkriterien-Auswahl) und fehlende transparente ergebnisoffene strategische Umweltprüfung für die verschiedenen möglichen Standorte der geplanten Küchenwerke 2 und 3:

- -Abwägung insbesondere zwischen den Standorten
 - a) Rother Straße,
 - b) nördlich Playmobil (=Koloss von Herrieden)
 - c) autobahnnah zwischen Hilsbach und Auracher Autobahnanschluss,
 - d) zwischen GiMa und Wald.
- insbesondere bezüglich der Kriterien
 - a) Verkehrsbelastung besiedelter Ortsteile,
 - b) Entwertung letzter ruhiger ortsnahe Erholungsflächen des Ortes Herrieden,
 - c) Hochwassererhöhung (wie von Leutenbuch und weiterer flussabwärts liegender Orte),
 - e) Wertminderung von Teilen der Schrottfeldsiedlung durch Lärm und Wasserrückstau (Lärm auch: Roth),
 - f) unterschiedliche wirtschaftliche und Umweltfolgen eventuell leerfallender Fabrikgebäude,
 - g) Grundwasseranreicherung,
 - h) Kaltluftentstehung und -strömung,
 - i) Unterbrechung von Rollerskate- und Kinderwagentauglichen (Rad-, Fuß-)Wanderwegbeziehungen (wie gestreckt zwischen Herrieden und Rauenzell und bogenförmig vom Reitstall über Roth zurück nach Herrieden), wobei ein Wanderweg am Zaun oder an der Staatsstraße kein ausreichender Ersatz ist.

Bei diesem Vergleich ist auch zu berücksichtigen, ob z.B. erforderlich sind:

Ausnahmen vom straßenrechtlichen Anbauverbot, Befreiungen vom Verbot der Bebauung festgesetzter Überschwemmungsgebiete, Einziehung von Gemeindeverbindungsstraßen und Feldwegen, Wasserrechtsverfahren wegen Bachverrohrungen und -verlegungen.

An solche ausstehenden Befreiungen o.Ä. kann ein bereits sehr weit gediehen geglaubtes Vorhaben immer noch scheitern; Playmobil macht diese Erfahrung.

Ich verweise insbesondere auf folgende Punkte meiner Stellungnahme zur FNP-Fortschreibung:

- "Rückblick" unter "zu 1.2.5 (Esbach)"
- "Gewerbeflächen G4 und G8" unter "zu 1.2.7 Herrieden".

Ich kann mir absolut nicht vorstellen, dass die im aktuellen Vorentwurf als alternativlos beschriebene Lage an der Rother Straße sich als aus öffentlicher Sicht die geeignetste herausstellt. Selbst aus einzelbetrieblicher Sicht kann sich die eine oder andere Lage als gleichwertig herausstellen.

3.) Mitte 2017 wird bekannt, dass der niedersächsische Ministerpräsident Weil seine Presseerklärungen über den VW Dieselskandal erst durch die Firma VW absegnen ließ. Das wäre etwa so, wie wenn die Stadt Herrieden sich über Schüller nur so äußert, wie es Schüller gefällt, und wie wenn die Stadt Herrieden unbesehen das vollzieht, was Schüller will. Das Druckpotenzial von Schüller in Herrieden ist so groß wie das Druckpotenzial von VW in Niedersachsen. Das Wohlergehen von VW wird zum Schicksal von Niedersachsen erklärt, ist somit Staatsräson. Analoges gilt für Herrieden.

Dass Firmen-Interessen über die Interessen der Gesellschaft gestellt werden, kennen wir auch aus den angeblich systemrelevanten Teilen der Finanzbranche. Bayern gab seiner Landesbank 10 Milliarden Euro, anstatt sie in den Konkurs gehen zu lassen; ähnlich verfuhr der Bund mit der Commerzbank. Island stand dagegen nicht für seine drei großen pleitegegangenen Banken ein, obwohl die drei Banken laut schimpften. Und die EU-Kommission zog ihr Trennbanken-Gesetzentwurf zurück, damit die Banken weiterhin mit fremden Geld zocken können. Auch der Verzicht auf eine Finanztransaktionssteuer (wie für Devisentausche und Aktienkäufe) dient nur den Banken und fördert deren Risikogeschäfte, kann also, wenn Konkurs droht, die Gesellschaft schädigen, weil dann wieder öffentliche Hände einspringen.

Auch in Anbetracht übermächtiger Regierter und Verwalteter darf sich das Primat der Politik und des Verwaltungsrechtes nicht verflüchtigen. Politik und Verwaltung dürfen sich von einigen mächtigen Regierten / Verwalteten nicht mehr als durch Lieschen Müller beeinflussen lassen.

4.) Folgender Leserbrief wurde von der FLZ nicht veröffentlicht, obwohl die FLZ normalerweise alle Leserbriefe von mir veröffentlicht (außer platzbedingt vor Wahlen); dieses ist ein Hinweis, dass die Zeitung gegenüber einem Anzeigenkunden vorseilend gehorsam ist.

"Ich gratuliere der FLZ für die Artikelkombination am 1. Mai, die auf die derzeit schief laufende Flächennutzungsplanarbeit der Stadt Herrieden gemünzt ist: "Neubaugebiete befördern den Leerstand im Altort" und gleich danach "Weite Täler werden als Grünzüge geschützt". Besonders in den Herrieder Nebendörfern, die von Ansbach abgewandt jenseits der Altmühl liegen, fallen bisher agrarisch geprägte Ortsteile leer, und rufen nach Umwidmung zu Wohn- und Kleingewerbeflächen; die Stadt Herrieden kümmert sich jedoch nicht darum, sondern weist eifrig neue Wohnbau- und Gewerbeflächen aus. Und an den kleinen Flüsschen Aisch, Rezat und Zenn werden Grünzüge geschützt, nicht aber an der Altmühl, dem in Westmittelfranken längsten und damit für die Frischlufterzeugung wichtigsten Fluss; obwohl es nahe der Autobahnanschlüsse Herrieden und Aurach viele geeignete Gewerbeflächen gibt, ist eine Verdoppelung des Fabrikareals von 25 auf 50 Hektar in der Altmühlau bei Herrieden geplant, dem letzten nicht autobahnverlärmten Naherholungsbereich der Kernstadt Herrieden."

5.) Nachtrag zur FNP-Fortschreibung (dort "Zu Kapitel 3 Wohnbauflächen"):

Laut FLZ-Artikel vom 22.1.18 hätten die 10 Gemeinden des "ILE-Alt Mühlhland-A6" (einschließlich Herrieden) bereits ein "Flächen- und Leerstandsmanagement ... priorisiert". Damals in der Erarbeitungsphase des Vorentwurfes zur FNP-Fortschreibung lag also auch in Herrieden die Erkenntnis vor, dass es in der Gemeinde gehörigen Leerstand gibt und dass Baulandmanagement wichtig ist.

Weiterer Nachtrag: FLZ 7.9.18:

Bauministerin Aigner hielt bei zahlreichen Kommunalpolitikern (auch aus Herrieden) in Fürnheim eine größere Versammlung ab mit dem "ganz großen Thema ... Innenentwicklung von Städten und Gemeinden ... da viele Häuser....leer stehen ."

Stellungnahme zu den Einwendungen

zu 1:

Der bestandskräftige Flächennutzungsplan mit seinen bisher 15 Änderungen ist derzeit die Rechtsgrundlage für Bebauungspläne.

Nach § 8 Abs. 2 BauGB sind Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln.

Nach § 8 Abs. 3 BauGB kann der Flächennutzungsplan gleichzeitig mit dem Bebauungsplan geändert werden. Da im derzeit bestandskräftigen Flächennutzungsplan der Stadt Herrieden die geplante Werkserweiterung der Fa. Schüller nicht vollständig enthalten ist, ist es demnach sogar zwingend erforderlich, den Flächennutzungsplan im Parallelverfahren zu ändern, da zu erwarten ist, dass die derzeitige Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplanes aller Voraussicht nicht gleichzeitig bestandskräftig wird, da er neben der Werkserweiterung Schüller das gesamte Stadtgebiet behandelt. Eine Verzögerung der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes durch das Parallelverfahren ist nicht erkennbar, da Inhalte deckungsgleich sind.

zu 2:

Es handelt sich nicht um neue Standorte für ein Küchenwerk 2 und 3, sondern um die Erweiterung am derzeitigen und einzigen Standort des Küchenwerkes.

Andere Standorte wurden intensiv geprüft, mussten aber wegen zwingender logistischer Probleme, wie Querverkehr zwischen den Standorten, verworfen werden.

Darüber hinaus würde ein weiterer Standort noch mehr Flächen beanspruchen, da Synergieeffekte wie gemeinsame Verwaltung und Zufahren usw. gemeinsam genutzt werden können.

Alle vom Einwänder genannten Kriterien wurden dabei berücksichtigt. Die genannten Standortalternativen hätten ebenfalls Auswirkungen auf die Landschaft, umgebende Bebauung, Verkehr, Wasserhaushalt usw.

Für die erforderlichen Ausnahmegenehmigungen nach dem Straßen- und Wegegesetz, Wasserhaushaltsgesetz werden in den Bebauungsplanverfahren begleitende Genehmigungsverfahren beantragt, da eine Genehmigung nach dem BauGB nicht möglich ist.

zu 3:

Die genannten Beispiele VW, Banken usw. sind für das vorliegende Bauleitplanverfahren nicht relevant.

zu 4:

Die Erweiterung des bebaubaren Bereichs hat eine Fläche von ca. 11 ha und entspricht dem derzeit absehbaren, zwingend erforderlichen Flächenbedarf des Möbelwerkes.

Aktuell hat der Küchenhersteller eine überbaubare Fläche von ca. 21 ha, anstatt der vorgetragenen Fläche von 25 ha.

Künftig soll die überbaubare Fläche ca. 37 ha haben, statt der vorgetragenen 50 ha.

Darüber hinaus werden noch zusätzlich ca. 20 ha für naturschutzrechtliche Belange und Grünflächen ausgewiesen.

zu 5:

Im vorliegenden Bauleitplanverfahren handelt es sich um die Ausweisung von Gewerbeflächen und somit nicht um Wohnbauflächen.

Die dargestellten Einlassungen sind deshalb nicht relevant.

Herrieden, den 27.11.2018

Ingenieurbüro W. Heller